

AKTUELL

PRESSEHILFE

Pluralismus auf der Kippe

Richard Graf

Die Chamber-Medienkommission stört sich nicht an der drohenden Benachteiligung von Printmedien.

Große Chancen, Gehör zu finden, hatte man nicht. Nichtsdestotrotz versuchten Vertreter*innen der traditionellen Printmedien, die parlamentarische Medienkommission (Digicom) auf problematische Stellen in der von Medienminister Xavier Bettel initiierten Pressihilfereform aufmerksam zu machen.

Und in der Tat: Die jetzt von der Digicom an den Staatsrat weitergereichten Änderungsvorschläge ändern nichts an der problematischen Grundorientierung des Gesetzesvorhabens 7631 (woxx 1609). Vor allem die Perspektiven für die gedruckte Bezahlzeitungen und damit für einen nicht unwesentlichen Teil des Qualitätsjournalismus drohen sich dadurch erheblich zu verschlechtern.

In seinem Gutachten hatte der Staatsrat Ende 2020 zwar einige windelweiche „oppositions formelles“ formuliert, die aber ebenfalls kaum an der Gesetzesvorlage rüttelten, und zudem leicht umsetzbar waren.

Zunächst aber die guten Nachrichten: Das vorliegende Gesetz bezieht sich jetzt nur noch auf „geschriebene“ Medien. Damit entfallen die für Radio Ara existenzgefährdenden Passagen (woxx 1597). Dessen überfällige Finanzierung soll jetzt über andere Töpfe geschehen.

Mehr als symbolisch ist immerhin die Streichung des „rédacteur en chef“ aus der Vorlage. Nicht nur ist, wie die Kommission richtig feststellt, nirgends definiert, was damit gemeint ist. Eine solche vom Minister ins Spiel gebrachte übergeordnete Position widerspricht auch dem Prinzip des Presserechts, wonach die einzelnen Journalist*innen für ihre Beiträge verantwortlich zeichnen. Was nicht verhindert, dass Redaktionen eine gegenseitige (Qualitäts-)Kontrolle vereinbaren - das geht aber auch ohne Chefin oder Chef.

Positiv ist auch, dass die Digicom die Subventionierung dem Index anpassen will. Das war es aber auch schon mit den positiven Aspekten, denn der zentralen Forderung der Branche, die Subventionierung pro Redaktionsmitglied - wie in früheren Vorlagen vorgesehen - auf mehr als nur 30.000 Euro anzuheben, ist die Digicom nicht gefolgt.

Das wirft auch ein trübes Licht auf die im „exposé des motifs“ so salbungsvoll betonte Aufwertung des Plu-

ralismus: Das aus der Subventionierung ableitbare Gehalt eines Redaktionsmitglieds entspricht nur ganz knapp dem eines unqualifizierten Mindestlohnes. Da wundert es kaum, dass nicht wenige Vollblutjournalist*innen nach etlichen Jahren der Frontarbeit in irgendwelche Ministerien abwandern, um dort als gut bezahlte Redenschreiber*innen genau das Gegenteil dessen zu machen, wofür sie eigentlich ausgebildet wurden: möglichst objektiv über die Wahrheit schreiben, statt sie schönzureden.

Gleich ist nicht gleich

Zur Rechtfertigung wird von den Gesetzgeber*innen die hohe Grundfinanzierung von 200.000 Euro benannt, die ja allen anerkannten Medien zukomme. Doch genau hier beginnt bereits die Ungleichheit des vermeintlich „gerechten“ Gesetzes. Druckmedien müssen einen vielfach höheren Aufwand betreiben, ehe ihr Produkt in der gewünschten Form ihr Publikum erreicht.

Ihre Leser*innen sind zwar in der Regel (bis auf Weiteres) dazu bereit, dies mit etwas teureren Abonnements zu finanzieren, doch der Trend geht in eine andere Richtung. Dieser wird durch die nun vorgesehene gleichumfängliche Förderung reiner Online- oder Gratisblättern entscheidend verstärkt. Noch dramatischer ist diese Entwicklung im Übrigen hinsichtlich des Anzeigenmarktes.

Printmedien werden also sowohl die gesetzliche Grundfinanzierung als auch die generierten Eigenmittel in einem erheblichen Maße für ihre technischen Unkosten aufbringen müssen. Entsprechend geringer fällt die Entlohnung journalistischer Arbeit aus. Eine gestaffelte Grundfinanzierung, je nach Medientyp, hätte hier mehr Gerechtigkeit - und Sicherung journalistischer Qualität - gebracht. Stattdessen wird nun die Flucht aus dem Printbereich - außer für auflagenstarke Gratisblätter mit entsprechend teuer vergütetem Anzeigenaufkommen - verstärkt, wenn nicht gar erzwungen: Unter Xavier Bettel haben bislang bereits zwei Printmedien die Fahnen gestrichen.

Gut möglich also, dass diese Entwicklung so gewollt ist. Dann aber, liebe Digicom, ändert bitte auch den Titel des Gesetzes, das so betrachtet alles andere als „en faveur du journalisme professionnel“ ist.

SHORT NEWS

L'Europe lutte contre la crise du logement

(is) - Il y a quelques jours, la coalition paneuropéenne « Rentvolution - Homes for People, Not Profit » a appelé à une manifestation pour le droit au logement dans une lettre ouverte. Parmi les 123 signatures, on trouve plusieurs noms luxembourgeois, comme ceux de Gary Diderich (Déi Lénk) ou de Max Leners (LSAP). La coalition luxembourgeoise « Wunnrecht » s'implique dans la lutte pour le droit au logement. Elle regroupe entre autres le Mieterschutz, l'OGBL, l'Asti, le Clae, Finkapé, Life WG et la JIF. Selon la coalition, 11 pour cent de la population de l'UE avait des difficultés à payer son loyer avant la crise sanitaire. « Aujourd'hui, la situation est bien pire. Des millions d'emplois ont été détruits et beaucoup d'entre nous sont menacés de perdre l'accès à un besoin aussi fondamental qu'un lieu de vie », écrit la coalition sur son site. « Nous voulons que notre dette de loyer ou notre dette hypothécaire soit effacée, que nous soyons un ménage ou une petite entreprise. (...) Un toit est un droit. ». Dans le cadre du « Housing Action Day » le 27 mars, la coalition organise un cortège qui partira de la gare de Luxembourg-ville à 15h et se terminera sur la place d'Armes. Plus d'informations sur wunnrecht.lu.

„Congé de naissance“ keine Priorität

(tj) - Wird in Zukunft auch ein „Pappecongé“ für homosexuelle Paare möglich sein? Das wollte Chantal Gary (déi Gréng) am Dienstag in der Chamber von Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP) wissen. Konkret geht es um die zehn Urlaubstage, die Vätern laut Luxemburger Arbeitsrecht bei der Geburt ihres Kindes zustehen. Gary wies in ihrer Frage darauf hin, dass die ausschließliche Ausrichtung auf Männer, eine Diskriminierung gegenüber lesbischen Paaren sowie trans und nicht-binären Personen darstelle. Damit verwies sie auf eine Forderung der Plattform Journée internationale des femmes (Jif) den aktuellen „congé de paternité“ durch einen inklusiven „congé de naissance“ zu ersetzen. In seiner Antwort erklärte Kersch, dass man sich der Problematik bewusst sei, sie jedoch komplizierter sei als anfangs gedacht. Damit bezog er sich auf lesbische Paare, bei denen das Kind von einer der beiden Frauen ausgetragen wurde. Hier müsse das Kind erst von der zweiten Mutter adoptiert werden, bevor ein Abstammungsverhältnis bestehe. Bei der Geburt des Kindes bestehe demnach kein Anrecht auf 10 Tage Urlaub. An dieser Stelle stoße er mit seiner Kompetenz als Arbeitsminister jedoch an seine Grenzen, müsse eine entsprechende Reform doch im Gesetz zum Etat civil vorgenommen werden. Die Antwort war demnach mehr Ausrede, als dass sie eine wirkliche Prioritätensetzung erkennen ließ.

online

Frauenstreik, Kinder und Fukushima

Sie mögen die Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort finden Sie regelmäßig Artikel, die ausschließlich online erscheinen.

Studie: Abnahme der Zufriedenheit von Kindern Im Rahmen des Forschungsprojekts Covid-Kids wurde die Zufriedenheit von Kindern und Jugendlichen unter die Lupe genommen. Im untersuchten Zeitraum hat diese stark abgenommen. woxx.eu/kinder

Bénéficiaires effectifs: les asbl pas les seuls mauvais élèves Dans deux questions parlementaires posées avant OpenLux, les députés Paul Galles, Mars Di Bartolomeo et Dan Biancalana se sont intéressés au sort des asbl, qui tombent aussi sous le régime antiblanchiment. Les réponses réservent quelques surprises. woxx.eu/rbe

Laufzeitverlängerung: Vergiss Fukushima! Nach Fukushima versprach Frankreich, seine AKWs sicherheitstechnisch auf Vordermann zu bringen. Wie aus einer sinnvollen Idee ein Alptraum wurde. woxx.eu/fukushima

Frauenstreik 2021 Am Montag nahmen rund 1.000 Menschen am Frauenstreik teil. Die woxx war dabei. woxx.eu/fraustreik